

ANTRÄGE

1) Heimgartenanlage Grünanger

GRin. **Schloffer** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Schloffer**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bedanke mich herzlich. Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Es geht um die Heimgartenanlagen am Grünanger. Sie haben alle wahrscheinlich in der heutigen Zeitung, in der Kleinen Zeitung, verfolgt, da unten sollen etliche, 14 der 32, Heimgärten verschwinden auf Grund des Murkraftwerkes Puntigam. Das taugt mir nicht, dagegen wehre ich mich, daher stelle ich den Antrag im Namen der KPÖ. Der Gemeinderat der Stadt Graz wendet sich dagegen, dass Teile der Heimgartenanlage Grünanger für den umstrittenen Bau des Murkraftwerkes Puntigam geopfert werden sollen. Ich danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus KPÖ*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Der Kleinen Zeitung vom 22. 4. 2010 ist zu entnehmen, dass es konkrete Pläne gibt, Teile der Heimgartenanlage Grünanger zugunsten von Begleitmaßnahmen zum Bau des Murkraftwerkes Puntigam zu opfern. Die zu flutenden Flächen beherbergen die Sportplätze der Stadt und einen Teil der Heimgartenanlage Grünanger. 14 der insgesamt 32 Gartenbetreiber müssten der Seichtwasserzone weichen. Offiziell wurden die Betroffenen noch gar nicht informiert.

Die Anlage am Grünanger ist - was nicht allgemein bekannt ist - das Ersatzgartenland für die Obere Bahnstraße: Die Besitzer der Heimgärten haben schon einmal umziehen müssen. Jetzt will man auch hier Heimgärten vernichten, die mit sehr viel Liebe gepflegt werden.

Schon einmal hat eine Koalition der Vernunft die Gemeindefriedung am Grünanger vor dem Abriss gerettet. Heute ist man froh, dass diese Holzhäuser im Grünen bewahrt werden konnten.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wendet sich dagegen, dass Teile der Heimgartenanlage Grünanger für den umstrittenen Bau des Murkraftwerkes Puntigam geopfert werden sollen.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Taxis mit alternativem Antrieb

GR. Mag. **Kowald** stellt folgenden Antrag:

GR. Mag. **Kowald**: Sehr geehrte Damen und Herren, werte Bürgermeisterstellvertreterin! Umweltpolitik beginnt zum einen beim Individualverkehr, zum anderen beim eigenen Verhalten und natürlich auch beim Hausbrand. Beim Individualverkehr haben wir in der Stadt Graz etwa 800 zugelassene Taxis im Verkehr, ständig sind 400 Fahrzeuge in Betrieb rund um die Uhr, in 24 Stunden werden etwa 25.000 bis 35.000 Kilometer gefahren (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Ich stelle daher namens der ÖVP den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen: Die zuständigen Magistratsabteilungen werden beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, das attraktive Standplätze für Taxis ausschließlich mit alternativem Antrieb vorrangig in der Innenstadt vorsieht. Ich sage nur noch einen Satz dazu, mein Antrag vom 19. März 2009 hat keine Resonanz gefunden, deswegen ersuche ich unseren Bürgermeister, sich um die Sache anzunehmen. Danke.

Motivenbericht nur schriftlich:

Richtige Umweltpolitik wird immer wichtiger. Wir verfolgen das Ziel, für unsere Umwelt positive Änderungen zu bewirken - über alle Parteigrenzen hinweg.

Ich habe trotzdem das Wort „wird“ bewusst eingesetzt, weil Umweltpolitik in Zukunft ein zentrales Kernthema darstellt, das unser Überleben sichern muss.

Der öffentliche Verkehr wird ausgebaut und der Individualverkehr eingeschränkt. Unser Bürgermeister und Sie setzen auch wichtige Schritte, um den schadstoffreichen Verkehr möglichst aus Graz zu verbannen.

Vergessen Sie dabei auch nicht, dass täglich mehr als 400 Autos rund um die Uhr im Taxiverkehr in unserer Stadt unterwegs sind. Viele kurze Strecken, ein permanentes Starten und Losfahren und dies zu jeder Tages- und Nachtzeit und bei jeder Witterung.

Taxis wird man nicht verbannen können. Wir müssen aber schauen, dass umweltschonende Fahrzeuge im Taxiverkehr eingesetzt werden und die Taxigebühren abhängig vom Schadstoffausstoß gestaffelt werden.

Ich habe am 19. März 2009 den Antrag gestellt, dass man einen eigenen Standplatz für Taxis mit alternativem Antrieb in der Grazer Innenstadt schaffen soll. Dies ist nicht geschehen. Als regelmäßiger Taxikunde möchte ich nicht umweltschädigend unterwegs sein.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge beschließen:

Die zuständigen Magistratsabteilungen werden beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, das attraktive Standplätze – vor allem in der Innenstadt - ausschließlich für Taxis mit alternativem Antrieb vorsieht.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Adäquater Straßenbelag am Murradweg im Bereich des Augartenparks

GR. Mag. **Kvas** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Kvas**: Hoher Gemeinderat! Im ersten Antrag geht es um einen adäquaten Straßenbelag am Murradweg im Bereich des Augartenparks. Vor allem in der feuchten Jahreszeit im Frühling, Herbst und Winter oder an Regentagen beschweren sich oder kriegen viele eine Zornesröte ins Gesicht, wenn sie nämlich durch den Augarten fahren mit ihrem Fahrrad oder die Läufer, wenn sie dann beschmutzt werden von den Schuhen bis zu den Knöcheln bis zum Knie hinauf. Und mein erster Antrag: Aufgrund der im Motivenbericht aufgezeigten unerträglichen Situation für die Benutzer des Murradweges entlang des Augartenparks wolle der Gemeinderat der Stadt Graz die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragen, im Augartenpark einen der sanften Mobilität fördernden, adäquaten Straßenbelag für die sich in diesem Straßenabschnitt bewegend Bevölkerung, sprich Fußgänger, Läufer, Radfahrer, ehestens errichten zu lassen (*Applaus ÖVP*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Der Murradweg führt unter anderem auch durch den Augartenpark im Bezirk Jakomini. Täglich befahren sehr, sehr viele Radfahrer in beiden Richtungen – von Süden nach Norden und umgekehrt – dieses Straßenstück durch den Augartenpark entlang der Mur. Aber auch viele Fußgänger sowie Läufer benützen wiederkehrend den Murradweg im Augartenpark – Tendenz steigend. Viele Wege bzw. Straßen im Augartenpark sind asphaltiert, nicht jedoch der täglich von der von der Bevölkerung am häufigsten benützte Straßenabschnitt entlang des Murradweges. Dieses

Straßenteilstück besteht aus einem mit gelber Sandmasse aufgeschütteten Straßenbelag.

In den feuchten Jahreszeiten (Frühling, Herbst, Winter) sowie an Regentagen ärgern sich viele Fahrradbenützer, Läufer wie auch Fußgänger des Murradweges im Augartenpark über die fehlende Straßenasphaltierung, da sie von dem aus gelben Sand bestehenden Straßenbelag von den Schuhen bis zu den Socken aufwärts und bis zum Kniegelenk beschmutzt werden.

Dieser Umstand zwingt viele Fahrradbenützer wie auch Fußgänger, in der feuchten Jahreszeit bzw. an Regentagen das eigene Kraftfahrzeug zu benützen und somit gezwungenermaßen zur höheren Feinstaubbelastung im Grazer Stadtgebiet beizutragen.

Ich stelle daher im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g:

Aufgrund der im Motivenbericht aufgezeigten unerträglichen Situation für die Benützer des Murradweges entlang des Augartenparks wolle der Gemeinderat der Stadt Graz die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragen, im Augartenpark einen der sanften Mobilität fördernden adäquaten Straßenbelag für die sich in diesem Straßenabschnitt bewegendende Bevölkerung (Fußgänger, Läufer, Radfahrer) ehestens errichten zu lassen.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Erlassung eines zweiseitigen beziehungsweise zumindest einseitigen Halte- und Parkverbotes auf einem kurzen Teilstück des Murradweges in der Angergasse

GR. Mag. **Kvas** stellt folgenden Antrag:

GR. Mag. **Kvas**: Es geht hier um die Erlassung eines zweiseitigen beziehungsweise zumindest einseitigen Halte- und Parkverbotes auf einem kurzen Teilstück des Murradweges und zwar in der Angergasse. Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle die Magistratsabteilung 10/1 - Straßenamt beauftragen, umgehend im Bereich des im Motivenbericht erwähnten uneinsehbaren Straßenabschnittes des Murradweges in der Angergasse zirka 30 Meter vor und nach diesem Straßenteilstück ein zweiseitiges beziehungsweise zumindest einseitiges Halte- und Parkverbot zu verordnen, um die stetig zunehmenden unfallgefährdeten Begegnungen zwischen Läufern, Joggern, Spaziergängern, Hundebesitzern mit ihren Vierbeinern, Radfahrern, Motorradfahrern sowie Autos zu entschärfen. Danke vielmals (*Applaus ÖVP*).

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüsç übernimmt um 19.05 Uhr den Vorsitz.

Motivenbericht nur schriftlich:

Der Murradweg führt im Bezirk Jakomini stadtauswärts durch die Straße „Am Langedelwehr“, vorbei am Caritas-Schlupfhaus in Richtung Angergasse sowie entlang der Seifenfabrik und weiter nach Liebenau.

Im Bereich der Kreuzung „Am Langedelwehr-Fröhlichgasse-Angergasse“ endet die gebührenpflichtige grüne Kurzparkzone. Weniger Meter nach der vorhin erwähnten Kreuzung führt der Radweg in der Angergasse an einer uneinsehbaren Linkskurve vorbei in Richtung Seifenfabrik. In diesem Bereich der uneinsehbar stadtauswärts führenden Linkskurve in der Angergasse parken auf beiden Straßenseiten vermehrt Anrainer, Freizeitsportler sowie Erholung suchende Personen ihre Kraftfahrzeuge, sodass nur mehr ein Fahrstreifen in der Mitte der Straße für Läufer, Jogger, Spaziergänger, Hundebesitzer mit ihren Vierbeinern, Radfahrer, Motorradfahrer sowie Autofahrer frei bleibt.

Auf diesem einen für den fließenden Verkehr verbleibenden Fahrstreifen bewegen sich nunmehr alle vorhin erwähnten Verkehrsteilnehmer, weshalb es immer öfter zu unfallgefährdeten Begegnungen zwischen den dort fahrenden Kraftfahrzeugen (Autos, Motorräder) wie auch den Freizeit suchenden bzw. Sport ausübenden

Personen (Fahrradfahrer, Skater, Spaziergänger, Läufer, Jogger, Hundebesitzer mit ihren Vierbeinern) kommt.

Eine Entschärfung der unfallgefährdeten Begegnungen im Bereich der uneinsehbaren Linkskurve in der Angergasse könnte nur durch ein partielles zweiseitiges bzw. zumindest einseitiges „Halte- und Parkverbot“ in diesem Bereich erreicht werden.

Ich stelle daher im Namen der ÖVP-Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g:

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle die Magistratsabteilung 10/1 - Straßenamt beauftragen, umgehend im Bereich des im Motivenbericht erwähnten uneinsehbaren Straßenabschnittes des Murradweges in der Angergasse zirka 30 Meter vor und nach diesem Straßenteilstück ein zweiseitiges bzw. zumindest einseitiges Halte- und Parkverbot zu verordnen, um die stetig zunehmenden unfallgefährdeten Begegnungen zwischen Läufern, Joggern, Spaziergängern, Hundebesitzern mit ihren Vierbeinern, Radfahrern, Motorradfahrern sowie Autos zu entschärfen.

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Neue Bushaltestelle Linie 60

GR. **Mayr** stellt folgenden Antrag:

GR. **Mayr**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In dem Fall geht es um die Errichtung einer zusätzlichen Haltestelle bei der Linie 60 auf Grund einer dort verstärkten Verbauung in dem Bereich und zunehmender Bevölkerung ist wieder einmal der Wunsch aufgetaucht, in einem steilen Stück der Waltendorfer

Hauptstraße zu überprüfen, ob eine zusätzliche Haltestelle eingerichtet werden kann, und das Ersuchen ergeht an die zuständigen Stellen der Stadt und der GVB, das zu überprüfen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Seit langem existiert der Wunsch der Bevölkerung im Umkreis der Waltendorfer Hauptstraße zwischen den ungewöhnlich weit auseinander liegenden Bushaltestellen "Kapelle" und "Sonnenhang" der Buslinie 60 nach Einrichtung einer zusätzlichen Haltestelle in diesem Bereich. Trotz der Steigung der Straße scheint eine Haltestelle technisch möglich und der Bedarf gegeben.

Ich stelle daher namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g ,

die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen an die GVB mit dem Ersuchen herantreten, die Einrichtung einer zusätzlichen Haltestelle der Buslinie 60 in der Waltendorfer Hauptstraße zwischen den Haltestellen "Kapelle" und „Sonnenhang" zu prüfen.

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 19.06 Uhr den Vorsitz.

6) Verkehrsführung - Mittelstraße / Eintrachtgasse

GR. **Müller** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Müller**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen vom Gemeinderat! Es geht dabei vorausschauend um eine Verkehrsberuhigung im Bereich der A2, südlicher Teil der Eichbachgasse/Murfelder Straße. Ich stelle daher namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den Antrag: Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen, die zuständigen Magistratsabteilung zu beauftragen, eine bauliche Sperre für mehrspurige Fahrzeuge zwischen der Mittelstraße und Eintrachtgasse (unmittelbar neben der Autobahn A 2) zu prüfen und dem Gemeinderat darüber bis zu seiner Sitzung im September zu berichten (*Applaus ÖVP*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Aufgrund des erhöhten Verkehrsaufkommens und in Verbindung mit dem Naherholungsgebiet rund um den Bereich des südlichen Bereiches der Murfelder Straße ist eine bauliche Maßnahme für den MIV (motorisierten Individualverkehr) unbedingt vorzusehen.

Die Fahrten mit Kleinlastkraftwagen und zum Teil Lkws mit Anhänger (für Pkw-Transporte) nehmen im Bereich der Verbindungsstraße Murfelder Straße - Eichbachgasse stark zu und werden daher zu einer unerträglichen Verkehrs- und Lärmbelästigung sowie zum Sicherheitsrisiko für Kinder, Radfahrer/-innen und Fußgänger.

Eine Verbindungsstraße zwischen der Murfelder Straße bis zur Eichbachgasse ist für mehrspurige Fahrzeuge keinesfalls erforderlich, da sämtliche Liegenschaften der angeführten Straßenzüge auch ohne diese Verbindungsstraße erreichbar sind. Ein Verbindungsweg für Fußgänger und einspurige Fahrzeuge ist auch weiterhin erwünscht und trägt auf jeden Fall zu Erhöhung der Attraktivität im angeführtem Bereich dar.

Ich stelle daher namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g,

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen, die zuständigen Magistratsabteilung zu beauftragen, eine bauliche Sperre für mehrspurige Fahrzeuge zwischen der Mittelstraße und Eintrachtgasse (unmittelbar neben der Autobahn A 2) zu prüfen und dem Gemeinderat darüber bis zu seiner Sitzung im September zu berichten.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Absicherung von Kleinkindbereichen auf öffentlichen Spielplätzen

GRin. **Potzinger** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Potzinger**: Geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Es geht wieder einmal um ein Familienthema, mehr Sicherheit für Kleinkinder auf den Spielplätzen. Besorgte Mütter sind zu uns gekommen, ich bedanke mich ausdrücklich bei den Kolleginnen von Liebenau von der Frauenbewegung, der Frau Bezirksvorsteherin Heuberger und der Frau Bezirksleiterin Elisabeth Lutz, die sich intensiv damit beschäftigt haben und wir haben uns gemeinsam ein Bild gemacht, die Kleinkindspielplätze sind in Graz ungenügend abgesichert, die Zäune sind durchlässig, teilweise lebende Zäune ohne entsprechende Abgrenzung, wo die Kleinen nicht durchschlüpfen können. Ein positives Beispiel wäre der Kindergarten in Raaba, wo man sich ein Vorbild holen kann, daher der Antrag: Die Wirtschaftsbetriebe werden ersucht, auf den öffentlichen Kinderspielplätzen die Abgrenzungen der Kleinkindspielbereiche durch für Kleinkinder unüberwindbare Einzäunungen abzusichern. Danke (*Applaus ÖVP*).

Motivenbericht nur schriftlich:

In der Stadt Graz gibt es viele schöne, gut ausgestattete öffentliche Kinderspielplätze. Besorgte junge Familien haben jedoch schon mehrfach darauf aufmerksam gemacht, dass die derzeit übliche Abgrenzung von Spielplätzen kleinen Kindern zu wenig Schutz bietet. Die Abgrenzungsgeländer sind meist handlaufartige Stangen, welche 60-80 cm über dem Boden angebracht sind, sodass Kinder leicht durchschlüpfen und in Gefahrenbereiche gelangen können. Auch loses Gebüsch als Hecke bietet keinen ausreichenden Schutz.

Selbstverständlich beaufsichtigen die Eltern ihre Kinder am Spielplatz, aber insbesondere Familien mit mehr als einem Kind haben Schwierigkeiten, ihre kleinen "Ausreißer" rechtzeitig zu bremsen. Hier geht es nicht um "einsperren", sondern um Sicherheit und Wohlfühlen. Beispielsweise weichen daher viele junge Familien aus Liebenau nach Raaba aus, weil der dortige, stark frequentierte Spielplatz komplett umzäunt und mit kindersicheren Eingangstüren ausgestattet ist. Dadurch ist auch gewährleistet, dass keine freilaufenden Hunde auf den Spielplatz gelangen können. Dieses Best-practice-Modell kann auch für Graz ein Vorbild sein.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g :

Die Wirtschaftsbetriebe werden ersucht, auf den öffentlichen Kinderspielplätzen die Abgrenzungen der Kleinkindspielbereiche durch für Kleinkinder unüberwindbare Einzäunungen abzusichern.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Kantgasse – St.-Johannes-Park, Parken im Übergangsbereich vom öffentlichen Gut zur Grünanlage

GR. Dipl.-Ing. **Topf** stellt folgenden Antrag:

GR. Dipl.-Ing. **Topf**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Hier geht es um einen Bereich im 5. Bezirk, den Park im Übergangsbereich vom öffentlichen Gut zur Grünanlage Kantgasse - St.-Johannes-Park. Der Antrag lautet: Der Gemeinderat wolle die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragen bzw. ersuchen, eine klar beschriebene Regelung für das Parken beziehungsweise Abstellen im Übergangsbereich vom Nordrand der Kantgasse zum Südteil des St.-Johannes-Parks hin zu treffen und dies auch durch Markierung und/oder Hinweisschilder sichtbar und erkennbar zu machen, wobei eine Grünflächen schonende Nutzung als Park- beziehungsweise Abstellstreifen für Pkws durchaus anzustreben wäre. Dem Gemeinderat soll ein Bericht hierüber ehestmöglich vorgelegt werden. Danke (*Applaus ÖVP*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Der St.-Johannes-Park im Nahbereich des Seelsorgezentrums St. Johannes gehört zu den beliebtesten Grünoasen im Süden des Bezirkes Gries und wird durch die Bevölkerung insbesondere auch aus den Bereichen der Wohnhäuser in der Triester- und Denggenhofsiedlung, aber auch darüber hinaus, von allen Altersgruppen gerne aufgesucht und in Anspruch genommen. Zu begrüßen ist, dass diese Parkanlage auf unbefristete Zeit seitens der Stadtgemeinde Graz gepachtet wurde. In der Übergangszone zwischen Straßenfläche und Parkareal kommt es aber insbesondere im Bereich der Kantgasse im Abschnitt zwischen der 47er-Gasse und der Prokesch-Osten-Gasse immer wieder zu Unklarheiten, ob und in welcher Streifenbreite bzw. auf welche Länge am Nordrand der Kantgasse im Anschluss zum südlichen Teil des St.-Johannes-Parks das Parken bzw. Abstellen von Fahrzeugen erlaubt ist oder nicht. Vielfach werden Organstrafmandate ausgestellt und die Anrainerinnen und Anrainer, die Besucherinnen und Besucher der angrenzenden Wohnhäuser sowie Nutzerinnen und Nutzer des Parks sind verständlicherweise über diese Vorgangsweise verärgert, weil für sie eine Vorschriftsübertretung nicht erkennbar ist.

Namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

A n t r a g:

Der Gemeinderat wolle die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragen bzw. ersuchen, eine klar beschriebene Regelung für das Parken bzw. Abstellen im Übergangsbereich vom Nordrand der Kantgasse zum Südteil des St.-Johannes-Parks hin zu treffen und dies auch durch Markierung und/oder Hinweisschilder sichtbar und erkennbar zu machen, wobei eine Grünflächen schonende Nutzung als Park- bzw. Abstellstreifen für Pkws anzustreben ist. Dem Gemeinderat soll ein Bericht hierüber ehestmöglich vorgelegt werden.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Rauchverbot in öffentlichen Freibädern

GRin. Mag.^a Dr. **Sprachmann** stellt folgenden Antrag:

GRin. Mag.^a Dr. **Sprachmann**: Liebe Kollegen und Kolleginnen! Es geht in diesem Antrag um Rauchverbote in den öffentlichen Freibädern. Durch die Rauchmöglichkeit in den öffentlichen Freibädern fühlen sich nicht nur Nichtraucher belästigt, sondern auch teilweise Raucher. Es ist vielleicht dazu auszuführen, dass es oft unmöglich ist, überhaupt einen Liegeplatz zu finden, ohne dass man vorher diesen Liegeplatz nicht von den Müllkippen reinigt. Aus diesem Grund stelle ich auch namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den Antrag: Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die Graz AG auf, für die städtischen Freibäder ein generelles Rauchverbot zu erlassen, wobei jedoch selbstverständlich gewährleistet werden sollte, dass für RaucherInnen speziell gekennzeichnete Zonen zur Verfügung stehen

sollten, in denen geraucht werden darf. Ich bitte um Annahme des Antrages (*Applaus SPÖ*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Rauchen führt nicht nur zu schweren gesundheitlichen Beeinträchtigungen; viele Menschen, und das nicht nur NichtraucherInnen, empfinden Zigaretten in manchen Situationen auch als Belästigung – und zwar sowohl qualmende Zigaretten als auch achtlos weggeworfene Zigarettenkippen. Zum Beispiel in Freibädern. Nicht nur, dass man seinen Liegeplatz oft erst von Zigarettenkippen säubern muss, dass man darauf achten muss, in der Wiese nicht auf nur halbausgedämpfte Zigaretten zu treten – es ist auch wenig angenehm, im Wasser aufgequollenen Zigarettenstummeln zu begegnen. Ganz zu schweigen davon, dass nicht selten vor allem Kinder, die natürlich in den Bädern herumlaufen, mit brennenden Zigaretten in Berührung kommen. Und über die vielzitierte Vorbildwirkung, wenn rund um die Spielbereiche oder am Kinderbecken RaucherInnen ihrer Sucht nachgehen, will ich gar nicht reden.

Nicht zuletzt aus diesen Gründen wurde von Gesundheitsstadtrat Dr. Wolfgang Riedler zuletzt der Vorschlag eingebracht, dass für städtische Freibäder ein Rauchverbot erlassen werden solle, wobei für RaucherInnen natürlich eigene „Raucherzonen“ zur Verfügung stellen sollten. Die vielen positiven Reaktionen auf diese Initiative des Gesundheitsstadtrates - und diese kamen nicht bloß von NichtraucherInnen, nicht allein von Eltern, die sich ihrer Kinder wegen Gedanken machen – sollten wir zum Anlass nehmen, diesen Vorschlag weiter zu verfolgen.

Daher stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die Graz AG auf, für die städtischen Freibäder ein generelles Rauchverbot zu erlassen, wobei jedoch selbstverständlich gewährleistet werden sollte, dass für RaucherInnen speziell gekennzeichnete Zonen zur Verfügung stehen sollten, in denen geraucht werden darf.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Überschuss aus Kommunalsteuer/Arbeitsmarktinitiative

GR. **Kolar** stellt folgenden Antrag:

GR. **Kolar**: Geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Mein Antrag beschäftigt sich mit einer Arbeitsmarktinitiative und zwar zurückgehend auf eine Pressekonferenz mit dem Leiter des AMS Karl Snobe und dem Stadtrat Riedler. Der konkrete Antragstext lautet: Von den im Jahr 2009 gegenüber dem Budgetvoranschlag erzielten Mehreinnahmen aus der Kommunalsteuer zumindest, hier geht es um eine Million, diese für arbeitsmarktpolitische Initiativen bereitzustellen, damit gemeinsam mit AMS, Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer gemäß Motivenbericht entsprechende Maßnahmen erarbeitet und umgesetzt werden können, die dazu beitragen, dass weniger gut ausgebildete Grazerinnen und Grazer, und das ist ja ein spezielles Problem am Arbeitsmarkt, hier durch gezielte Förderungen und Schulungen für den Arbeitsmarkt fit gemacht werden. Danke (*Applaus SPÖ*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Endlich zeichnet sich eine leichte Entspannung am Arbeitsmarkt ab, wie wir aus einer gemeinsamen Pressekonferenz von Stadtrat Wolfgang Riedler mit AMS-Landesgeschäftsführer Karlheinz Snobe entnehmen konnten: Die Arbeitslosenzahlen vom März geben jedenfalls Anlass zur Hoffnung. Vor allem im Dienstleistungssektor und bei Menschen bis 45 Jahren geht die Arbeitslosigkeit zurück. Parallel dazu gibt es einen deutlichen Zuwachs an offenen Stellen, und auch die Leiharbeitsfirmen

stellen wieder vermehrt an. Doch gerade die Vergangenheit hat gelehrt, dass ein solcher Aufwärtstrend alles andere als ein Selbstläufer ist, sondern breitest unterstützt werden muss – auch von der Stadt Graz.

Speziell für weniger gut ausgebildete Jugendliche müsste daher gerade jetzt noch mehr investiert werden, denn Perspektivenlosigkeit – und keinen Job zu haben, ist ein wesentlicher Grund für Unzufriedenheit – kann sehr leicht zu sozialen Spannungen führen; das kann, dies wissen wir etwa aus Frankreich oder Deutschland, letztlich auch zu einem Sicherheitsproblem werden.

Dem kann durch gezielte Schulungen, durch spezielle Förderungsprogramme begegnet werden: Das Ziel muss sein, Menschen fit für den Arbeitsmarkt zu machen. Und das ist eine Aufgabe, der sich auch die Stadt Graz stellen muss.

Nun ist natürlich immer davon die Rede, dass die finanziellen Mittel der Stadt begrenzt sind. Ehe allerdings über Wohlfühlhäuser geredet wird, ehe hundert und mehr Millionen Euro in das Abenteuer „Reininghausgründe“ investiert werden, wäre es denn doch zielführender, die Mittel dort zu investieren, wo sie benötigt werden, wo die Grazerinnen und Grazer ganz konkret davon etwas haben: nämlich in arbeitsmarktpolitische Initiativen. Und am Geld sollte es in dieser so wichtigen Frage letztlich doch nicht scheitern: Konnten doch im Vorjahr aus der Kommunalsteuer nicht budgetierte Mehreinnahmen in der Höhe von mehr als einer Million Euro erzielt werden.

Daher stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g ,

von den im Jahr 2009 gegenüber dem Budgetvoranschlag erzielten Mehreinnahmen aus der Kommunalsteuer zumindest eine Million Euro für arbeitsmarktpolitische Initiativen bereitzustellen, damit gemeinsam mit AMS, Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer gemäß Motivenbericht entsprechende Maßnahmen erarbeitet und umgesetzt werden können, die dazu beitragen, dass weniger gut ausgebildete

Grazerinnen und Grazer durch gezielte Förderungen und Schulungen fit für den Arbeitsmarkt gemacht werden.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Radweg zwischen St. Peter und dem Stadtzentrum

GR. **Martiner** stellt folgenden Antrag:

GR. **Martiner**: Geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen! Mein Antrag beschäftigt sich mit Radweg zwischen dem Bezirk St. Peter und dem Stadtzentrum. Im Moment ist ja der Zustand so, dass es nur möglich ist, auf der Hauptstraße entlang und bei Gleisanlagen entlang mit dem Rad ins Zentrum zu kommen. Es ist natürlich sehr gefährlich und nur teilweise durch Bodenmarkierungen auf den Hauptstraßen gekennzeichnet. Auch der Straßenbelag befindet sich in teilweisen katastrophalem Zustand. Daher stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den Antrag: Die zuständigen Stellen mögen raschest beauftragt werden, eine Überprüfung durchzuführen, ob es nicht an einigen Straßenzügen und einigen Bereichen möglich ist, einen Radweg zu installieren, zu gestalten, der sicherer ist und vor allem eine bessere Lösung für die Radfahrer anbietet vom Bezirk St. Peter ins das Stadtzentrum von Graz. Danke.

Motivenbericht nur schriftlich:

Gerade der motorisierte Individualverkehr macht uns in Graz große Sorgen - sei es in der Verkehrsdichte oder auch in der dadurch erhöhten Umweltbelastung.

Umso wichtiger wäre es, gute Alternativen für die nicht-motorisierten VerkehrsteilnehmerInnen anzubieten, auch als einen Anreiz zum „Umsteigen“. Dazu

ist es aber – auch in Zusammenhang mit den ständig geführten Sicherheitsdebatten - notwendig, sichere Radwege in Graz zu haben.

Im Moment ist es jedoch ein Horror, mit dem Fahrrad von St Peter ins Grazer Zentrum zu fahren. Von einem durchgängigen Radweg kann überhaupt keine Rede sein. Auf den Hauptstraßen gibt es nur teilweise Bodenmarkierungen für den Fahrradverkehr, ebenso an vielen Stellen entlang der Gleisanlagen der GVB, wo eben auch ein Kreuzen der Geleise notwendig ist; geradezu haarig wird es in Kreuzungsbereichen: Beim St.-Peter-Schulzentrum sind einige gefährliche Engstellen zu meistern, am Felix-Dahn-Platz/Einfahrt Mandellstraße ergeben sich, wenn dort Busse oder Lkw verkehren, sehr gefährliche Situationen für die Radfahrer.

Auch der Straßenbelag selbst ist in weiten Teilen in einem katastrophalen Zustand, was gerade bei RadfahrerInnen sehr leicht zu gefährlichen Stürzen führen kann.

Ich stelle daher Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g ,

die zuständigen Stellen mögen raschest beauftragt werden, eine Überprüfung durchzuführen, ob es nicht an einigen Straßenzügen und einigen Bereichen möglich ist, einen Radweg zu installieren bzw. zu gestalten, der sicherer ist und vor allem eine bessere Lösung für Radfahrer anbietet, die von St. Peter ins Stadtzentrum wollen, da das gegenwärtige Hürdenfahren im Zick-Zack nicht nur kaum dazu animiert, auf as Fahrrad umzusteigen, sondern vor allem für die RadfahrerInnen immens gefährlich ist.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12) Beleuchtung an der Bushaltestelle „Goethestraße“

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

GR. Mag. **Fabisch**: Mein Antrag beinhaltet die Bitte, die Bushaltestelle Goethestraße, das ist Linie 31, besser zu beleuchten. Die Wartenden stehen dort eigentlich im Dunkeln, können die Pläne nicht lesen. Diese Beleuchtung würde auch natürlich das Gefühl der Sicherheit erhöhen. Dankeschön.

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Bushaltestelle "Goethestraße" der Linie 31 - an der Rückseite der Sparfiliale zwischen Goethestraße und Körblergasse - ist durch keine Lampe, nicht einmal durch eine Werbetafel, ausgeleuchtet. So sind in den Dämmerstunden und nachts die Abfahrtszeiten der Busse unlesbar. Auch das Gefühl der persönlichen Sicherheit wird dadurch beeinträchtigt und würde durch eine passende Beleuchtung erhöht.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die Bushaltestelle „Goethestraße“ stadtauswärts soll mit einer Beleuchtung ausgestattet werden, die dazu geeignet ist, das persönliche Sicherheitsgefühl der Fahrgäste zu erhöhen und das Entziffern des Fahrplans selbst bei Dunkelheit zu ermöglichen.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13) Kapellenstraße Ecke Kärntner Straße – Errichtung eines Halte- und Parkverbotes

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

GR. **Sikora**: Werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Ich habe zwei Anträge, der erste Antrag beinhaltet die Errichtung eines Halte- und Parkverbotes im Bereich Kapellenstraße/Ecke Kärntner Straße, wo es immer wieder zu Problemen mit abbiegenden Schwerfahrzeugen kommt und da ist der Antragstext eben, dass die Verkehrsreferentin zusammen mit der zuständigen Stelle des Magistrates ersucht wird, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe zu prüfen, im Bereich Kapellenstraße/Ecke Kärntner Straße auf Höhe der Abbiegespur in Richtung Bahn-Unterführung Kapellenstraße ein Halte- und Parkverbot zur Erhöhung der Verkehrssicherheit einzurichten.

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Kapellenstraße von der Kärntnerstraße kommend wird aufgrund der optimalen Anbindung zu den Gewerbebetrieben in der Alten Poststraße vermehrt von Schwerlastkraftwagen frequentiert. Zudem bietet die Bahn-Unterführung Kapellenstraße mit einer Durchfahrtshöhe von 4,5 Meter auch die einzige Möglichkeit zur Erreichbarkeit der Betriebe von Richtung Westen kommend, ohne lange Umwege in Kauf nehmen zu müssen.

Nun stellt sich jedoch bei der Einfahrt in die Kapellenstraße von der Kärntner Straße kommend folgendes großes Verkehrsproblem:

Auf Höhe der Abbiegespur Kapellenstraße in die Kärntner Straße behindern parkende Pkws mit meist auswärtigen Kennzeichen die problemlose Durchfahrt für Schwerkraftfahrzeuge in Richtung Bahn-Unterführung Kapellenstraße. Staus in die Kärntnerstraße, Gefährdung von FußgängerInnen und SchülerInnen der angrenzenden Volksschule Neuhart und oft auch Sachbeschädigungen an Zäunen oder Fahrzeugen stehen da schon an der Tagesordnung.

Um im geschilderten Bereich die Sicherheit aller Straßenverkehrsteilnehmer zu gewährleisten, stelle ich daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die dafür zuständige Stelle des Magistrats und die Verkehrsreferentin werden ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe zu prüfen, im Bereich Kapellenstraße/Ecke Kärntner Straße auf Höhe der Abbiegespur in Richtung Bahn-Unterführung Kapellenstraße ein Halte- und Parkverbot zur Erhöhung der Verkehrssicherheit einzurichten.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

14) Hauptradweg 13 Gösting zum Thalersee – Lückenschluss zum Thalersee

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

GR. **Sikora**: Und der zweite Antrag, wenn ich gleich vorlesen darf, da geht es wieder einmal um den Lückenschluss des Hauptradweges 13 von Gösting zum Thalersee, diesmal aber auf Gemeindegebiet schon von Thal, da geht es um ein ungefähr 300 Meter fehlendes Endstück zum Thalersee, da kommt es immer wieder zu verkehrgefährlichen Situationen. Voriges Jahr ist da auch ein schwerer Unfall mit einem Kind passiert und der Antragstext: Sie werden ersucht, auf Grund der aufgezählten Gründe Verhandlungen mit dem Land Steiermark aufzunehmen, um zu prüfen, ob der Lückenschluss des Hauptradweges 13 zwischen Gösting und Thalersee nach Ende des Radweges in Richtung Thalersee aufgrund der extremen Gefährlichkeit rasch zu projektieren und vorzureihen (*Applaus KPÖ*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Das Grazer Naherholungsgebiet Thalersee wird ganzjährig von zahlreichen RadfahrerInnen besucht. Das Angebot rund um den See reicht von Bootsfahrten, Spaziergängen bis hin zu Erlebnisausflügen für viele Grazer Familien mit ihren Kindern.

Der Hauptradweg 13, am Radweg R 39 zum Thalersee vom Grazer Stadtgebiet kommend, zählt zu den meistfrequentierten Radrouten, die zu Ausflugszielen im Grazer Stadtgebiet führen. Schon im vergangenen Jahr stellte ich einen Antrag, den Lückenschluss entlang des Thalbachweges vorrangig zu projektieren, da ca. 300 Meter des Radweges in die sehr stark vom Individualverkehr frequentierte Thalerstraße münden.

Nun stellt sich auf dem Gemeindegebiet von Thal nach Ende des Hauptradweges 13 von Gösting in Richtung Thalersee ein ähnliches Problem: RadfahrerInnen mit ihren Kindern queren am Ende des Radweges unter sehr gefährlichen Verhältnissen und vor einem sehr schwer einsehbaren Stück die stark frequentierte Landesstraße in Richtung Thalersee. Das Reststück zum See wurde nicht als Radweg weitergeführt, zahlreiche Unfälle und sehr gefährliche Situationen zwischen RadfahrerInnen und Individualverkehrsbenützern stehen dort an der Tagesordnung.

Bei der Projektierung der Radverkehrsmaßnahmen für das Jahr 2010 fehlt auch dieser äußerst wichtige Lückenschluss.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständige Stelle des Magistrats wird zusammen mit der zuständigen Verkehrsreferentin ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe Verhandlungen mit dem Land Steiermark aufzunehmen, um zu prüfen, ob der Lückenschluss des Hauptradweges 13 zwischen Gösting und Thalersee nach Ende des Radweges in Richtung Thalersee aufgrund der extremen Gefährlichkeit rasch projektiert und vorgereicht werden kann.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

15) Senken der Maklerprovisionen

GRin. Mag.^a **Taberhofer** stellt folgenden Antrag:

GRin. Mag.^a **Taberhofer**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Antrag ist eine Petition an den Wirtschaftsminister, und zwar bezieht sich das auf Senkung der Maklerprovisionen. Nämlich während beispielsweise die Höchstprovision für Mietwohnungen in Deutschland also höchstens zwei Nettomonatsmieten betragen darf, sind sie in Österreich eben drei Bruttomonatsmieten und deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden Antrag: Der Gemeinderat möge beschließen, den zuständigen Wirtschaftsminister Mittlerlehner im Wege einer Petition aufzufordern, die Maklerverordnung dergestalt abzuändern, dass die Provisionen für Mietwohnungen zumindest auf das Niveau der Bundesrepublik Deutschland gesenkt werden. Danke (*Applaus KPÖ*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Immer mehr Menschen scheitern auf der Suche nach einer Mietwohnung bereits an den Einstiegskosten. Dazu zählen neben der Vergebühnung der Mietverträge und Kautionen die Provisionen der Immobilienmakler.

Im letzten Monat stellte die Arbeiterkammer fest, was viele Österreicherinnen und Österreicher, viele Grazerinnen und Grazer, die eine Mietwohnung suchen, aus leidvollen Erfahrungen schon lange wissen: Die Provisionen der Immobilienmakler sind viel zu hoch. Sie sind nicht nur zu hoch, sie sind die höchsten in ganz Europa. Während beispielsweise die Provision für Mietwohnungen in Deutschland höchstens

zwei Nettomonatsmieten betragen darf, sind es in Österreich drei Bruttomonatsmieten.

Eine längst überfällige Anpassung an die deutschen Höchstgrenzen würde österreichische Immobilienmakler nicht nur endlich motivieren, sich bezüglich ihrer Provisionen vermehrt an die Vermieter anstatt an die Mieterinnen und Mieter zu wenden, sondern insbesondere Menschen mit kleinen Einkommen – einer steigenden Personengruppe in unserem Land – den Zugang zu Wohnungen auf dem sogenannten freien Markt erheblich erleichtern.

Eine Senkung der Maklerprovisionen ist (freilich in sehr allgemeiner Form) auch im Koalitionsabkommen von SPÖ und ÖVP auf Bundesebene enthalten.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat möge beschließen, den zuständigen Wirtschaftsminister Mittlerlehner im Wege einer Petition aufzufordern, die Maklerverordnung dergestalt abzuändern, dass die Provisionen für Mietwohnungen zumindest auf das Niveau der Bundesrepublik Deutschland gesenkt werden.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsgemäßen Behandlung zugewiesen.

16) Baufällige Verkaufsstände am Grazer Hauptplatz

GR. **Sippel** stellt folgenden Antrag:

GR. **Sippel**: Werte Frau Vizebürgermeisterin! Mein Antrag betrifft einige baufällige Verkaufsstände am Hauptplatz. Die befinden sich in einem äußerst mangelhaften

Zustand, zwei Stände sind undicht, ein weiterer weist ein baufälliges Dach auf. Daher stelle ich den Antrag: Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden beauftragt, umgehend mit den Standbetreibern am Grazer Hauptplatz in Kontakt zu treten, vorhandene Schäden zu erheben und alsbald deren Reparatur zu veranlassen (*Applaus FPÖ*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Einige Verkaufsstände am Grazer Hauptplatz befinden sich in einem äußerst mangelhaften Zustand. Zwei Stände sind undicht, ein weiterer weist ein baufälliges Dach auf. Die Betreiber haben in dieser Angelegenheit bereits mehrfach bei den zuständigen Stellen der Stadt Graz urgiert, ohne eine Verbesserung der Umstände erreicht zu haben.

Da die Stadt Graz ihre Zuständigkeit in diesem Bereich endlich wahrnehmen sollte, stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden beauftragt, umgehend mit den Standbetreibern am Grazer Hauptplatz in Kontakt zu treten, vorhandene Schäden zu erheben und alsbald deren Reparatur zu veranlassen.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

17) Plätze in Graz – und täglich grüßt das Murmeltier

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Antrag:

GR. Mag. **Korschelt**: Frau Vizebürgermeisterin! Zwei Anträge, und zwar der eine betrifft den Mariahilferplatz. Nur ein Blick am Mariahilferplatz sieht man, dass die Oberfläche nicht sehr einladend ist, deshalb stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen: Die zuständigen Stellen im Magistrat Graz werden beauftragt, die Oberflächengestaltung des Mariahilferplatzes einer alsbaldigen Sanierung zu unterziehen und dem Gemeinderat hievon Bericht zu erstatten.

Motivenbericht nur schriftlich:

Ohne auf die Um- und Ausgestaltung einiger Plätze eingehen zu wollen, sollte zumindest die Oberfläche gefahrlos und problemlos begehbar sein.

Dies ist am Mariahilferplatz nicht der Fall.

Ich stelle daher im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehenden

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat Graz werden beauftragt, die Oberflächengestaltung des Mariahilferplatzes einer alsbaldigen Sanierung zu unterziehen und dem Gemeinderat hievon Bericht zu erstatten.

Der Vorsitz erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

18) Eingliederung der FF in ein Gesamtkonzept des Feuerwehrwesens

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Antrag:

GR. Mag. **Korschelt**: Der nächste Antrag geht zurück auf einen in der letzten Woche erschienenen Artikel in der Grazer Woche. Es geht, nachdem wir jetzt ja glücklich sind, drei Feuerwehren in Graz zu haben, die Freiwillige Feuerwehr, Betriebsfeuerwehren und die Berufsfeuerwehr, stelle ich folgenden Antrag, der Gemeinderat möge beschließen: Die für die Berufsfeuerwehr zuständige Stadträtin Frau Mag.^a Grabner und Herr Bürgermeister Mag. Nagl, zuständig für Katastrophenschutz und damit auch in weiterer Folge auch für die Freiwillige Feuerwehr Graz, werden ersucht, bis zur nächsten Gemeinderatssitzung dem Gemeinderat ein Konzept vorzulegen, in dem die Eingliederung der Freiwilligen Feuerwehr in ein Gesamtkonzept des Feuerwehrwesens der Stadt Graz verankert wird. Besonders wird auch ersucht, eine Klärung der hoffentlich nicht vorhandenen Defizite im Feuerwehrwesen für die Stadt Graz zu dokumentieren (*Applaus FPÖ*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Seit über einem Jahr kann die Stadt Graz eine Freiwillige Feuerwehr in ihren Stadtmauern beherbergen. Neben der Berufsfeuerwehr der Stadt Graz und zahlreichen Betriebsfeuerwehren hat die Gründung der FF Graz doch einen besonderen Charakter aufzuweisen. Seit Jahrzehnten wurde in der Steiermark keine FF mehr gegründet. Leider führte diese Gründung auch zu einigen Irritationen. Statt sich über das zusätzliche ehrenamtliche Engagement von Grazerinnen und Grazern zu freuen, tauchen nun vermehrt mediale Meldungen auf, die gewisse Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit der FF mit der BF Graz zum Inhalt haben.

Auch war in jüngerer Vergangenheit in der Grazer Woche die Schlagzeile zu lesen, dass die Sicherheit der Grazer durch personelle Engpässe bei der BF gefährdet sei. Da es aber zum Hauptaufgabengebiet der Kommunalpolitik gehört, dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung nachzukommen, stelle ich im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die für die BF Graz zuständige Stadträtin Frau Mag. (FH) Grabner und Herr Bürgermeister Mag. Nagl, zuständig für Katastrophenschutz und damit in weiterer Folge auch für die FF Graz, werden ersucht, bis zur nächsten Gemeinderatssitzung dem Gemeinderat ein Konzept vorzulegen, aus dem die Eingliederung der FF Graz in ein Gesamtkonzept des Feuerwesens der Stadt Graz verankert wird.

Besonders wird auch ersucht, eine Klärung der hoffentlich nicht vorhandenen Defizite im Feuerwesen für die Stadt Graz zu dokumentieren.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsmäßigen Behandlung zugewiesen.

19) Sichtbehinderung durch Schrägparkplätze am Grillweg

GR. Ing. **Lohr** stellt folgenden Antrag:

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrte Damen und Herren! Es geht hier um Schrägparkplätze am Grillweg, die behindern die Sicht beim Linksabbiegen. Um die Verkehrssicherheit im Bezirk Straßgang zu erhöhen, stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehenden Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen: Die zuständigen Stellen des Magistrates werden ersucht, die nötigen straßenrechtlichen Verfahren einzuleiten, um jene Parkplätze am Grillweg, die die Sicht für einbiegende Verkehrsteilnehmer behindern, aufzulassen (*Applaus FPÖ*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Am Grillweg in Straßgang befindet sich eine größere Anzahl an Schrägparkplätzen. Diese liegen von der Kärntner Straße kommend auf der linken Seite (siehe Auszug aus dem Grazer Stadtplan). Fährt man mit dem Pkw aus der Ausfahrt, beispielsweise von der Firma „KIK“, in den Grillweg ein, stören die Parkplätze zu linker Hand die Sichtbeziehung. Vor allem beim Linkseinbiegen in den Grillweg kommt es durch die Sichtbehinderung immer wieder zu gefährlichen Situationen und Begegnungen mit dem Querverkehr. Der abbiegende Verkehrsteilnehmer ist gezwungen, nahezu bis zur Straßenmitte in den Grillweg einzufahren und behindert damit den Vorrang habenden Verkehr.

Um die Verkehrssicherheit für die Straßgänger zu erhöhen und Unfälle zu vermeiden, würde die Auflassung der ersten beiden Stellplätze eine schnelle Abhilfe schaffen. Das ist in dieser Straße ohne weiteres möglich, da kein größerer Parkdruck herrscht.

Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrates werden ersucht, die nötigen straßenrechtlichen Verfahren einzuleiten, um jene Parkplätze am Grillweg, die die Sicht für einbiegende Verkehrsteilnehmer behindern, aufzulassen.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

20) Situation in der Pomeranzengasse

GR. **Schröck** stellt folgenden Antrag:

GR. **Schröck**: Mein Antrag betrifft die Situation in der Pomeranzengasse. Ich komme gleich zum Antragstext: Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen: Die zuständigen Stellen des Magistrats der Landeshauptstadt Graz werden aufgefordert, eine umfassende Sanierung der beschmierten und beschädigten Wände in der Pomeranzengasse an jenen Gebäude vorzunehmen, welche sich im Besitz der Stadt Graz befinden. Die zuständigen Stellen des Magistrats Graz werden außerdem aufgefordert, mit den anderen Besitzern der Liegenschaften in der Pomeranzengasse in Kontakt zu treten und sie zu einer Sanierung und somit eine Verschönerung des Stadtbildes aufzufordern. Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Graz werden aufgefordert, die Beleuchtung in der Pomeranzengasse zur allgemeinen Sicherheit zu verstärken und auszubauen. Danke (*Applaus BZÖ*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Pomeranzengasse ist eine Fußgängerverbindung von Hauptplatz und Färberplatz und ähnelt optisch und funktional einem Tunnel. Diese beengende und bedrückende Situation wird durch mangelnde und unzureichende Beleuchtung auch noch verstärkt.

Beschämend für eine Gasse im Zentrum der Stadt ist aber die totale Verschmutzung und die verschmierten und besprühten Wände, die die räumliche Beengtheit noch verstärken und bei den Passanten ein unangenehmes Gefühl der Unsicherheit und Beklemmung auslöst.

Eine viel frequentierte Verbindungsgasse zwischen zwei wichtigen Plätzen im Zentrum der Innenstadt darf sich nicht in einem so desaströsen Zustand präsentieren.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

1. Die zuständigen Stellen des Magistrats der Landeshauptstadt Graz werden aufgefordert, eine umfassende Sanierung der beschmierten und beschädigten Wände in der Pomeranzengasse an jenen Gebäude vorzunehmen, welche sich im Besitz der Stadt Graz befinden.
2. Die zuständigen Stellen des Magistrats Graz werden außerdem aufgefordert, mit den anderen Besitzern der Liegenschaften in der Pomeranzengasse in Kontakt zu treten und sie zu einer Sanierung und somit eine Verschönerung des Stadtbildes aufzufordern.
3. Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Graz werden aufgefordert, die Beleuchtung in der Pomeranzengasse zur allgemeinen Sicherheit zu verstärken und auszubauen.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet.

Bürgermeisterstellvertreterin Lisa R ü c k e r schließt die Sitzung des Gemeinderates um 19.20 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Bürgermeisterstellvertreterin Lisa Rücker

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüscher

Der Schriftführer:

Die Schriftprüferin:

Wolfgang Polz

GRin. Sissi Potzinger

Protokoll erstellt: Heidemarie Leeb